UNSERE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zum Start der Plenarwoche konnten wir ein starkes Zeichen für unsere Heimat setzen: Beim kommunalen Finanzausgleich 2027 ist uns eine historische Einigung gelungen. Wir steigern das Gesamtvolumen auf den Rekordwert von 13,59 Milliarden Euro – ein Plus von satten 756 Millionen Euro. Damit stärken wir unseren Städten, Gemeinden, Landkreisen und Bezirken gezielt den Rücken, erhöhen die Schlüsselzuweisungen spürbar und schaffen 350 neue Stellen vor Ort. So halten wir die bayerischen Kommunen handlungs- und investitionsfähig.

Auch beim Klimaschutz verbinden wir Pragmatismus mit Fortschritt: Auf unseren Antrag hin prüft der Freistaat künftig, wie staatliche Parkplätze intelligent mit Photovoltaikanlagen überdacht werden können. Für uns ist klar, dass wir bereits versiegelte Flächen doppelt nutzen müssen, anstatt wertvolle Agrar- und Naturflächen zu opfern. So erzeugen wir den Solarstrom genau dort, wo E-Autos geladen werden, entlasten die Stromnetze und treiben die Energiewende pragmatisch sowie kosteneffizient voran.

Auf der Tagesordnung des Plenums stand zudem der Gesetzentwurf zur Digitalisierung bauaufsichtlicher Verfahren. Mit dem Gesetz beschleunigen wir Baugenehmigungen spürbar, bauen bürokratische Hürden ab und machen die Verwaltung moderner und effizienter.

Mit unserem Dringlichkeitsantrag, den wir diese Woche ins Plenum des Landtags eingebracht haben, richten wir zugleich einen besorgten Blick auf Posts in den Sozialen Medien: Die Ankündigungen von Krawallen anlässlich Halloween zeigen einmal mehr, dass wir beim Schutz der öffentlichen Sicherheit klare Kante zeigen müssen. Das Recht zu demonstrieren und im öffentlichen Raum seine Meinung kund zu tun, darf nicht für Randale und zügellose Aggression missbraucht werden.

Herzliche Grüße und eine gute Lektüre wünscht Ihnen

Ihr Heimatabgeordneter

Dr. Martin Brunnhuber



UNSERE HIGHLIGHTS

DOPPELNUTZUNG STATT FLÄCHEN-FRASS:

Wir lassen prüfen, inwieweit staatliche Freiflächen-Parkplätze künftig gezielt für Photovoltaikanlagen genutzt werden können.

KEINE TOLERANZ FÜR KRAWALLMACHER:

Wir finden: Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut unserer Demokratie, darf jedoch niemals als Freibrief für Gewalt, Vandalismus und Angriffe auf Einsatzkräfte missbraucht werden.

RÜCKBLICK

Starke Kommunen: Finanzausgleich 2027 wächst auf 13,59 Milliarden Euro

Mit dem Ergebnis des kommunalen Finanzausgleichs 2027 senden wir ein starkes Signal der Verlässlichkeit an unsere bayerischen Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke. Das Gesamtvolumen wächst um 756 Millionen Euro beziehungsweise 5,9 Prozent auf die Rekordsumme von 13,59 Milliarden Euro.

Um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen gezielt zu sichern, steigen die Schlüsselzuweisungen überproportional um 9,6 Prozent auf 5,46 Milliarden Euro. Zudem greifen wir den Bezirken mit weiteren 210 Millionen Euro zusätzlich unter die Arme und reinvestieren 51 Millionen Euro an freien Mitteln aus den Straßenausbaupauschalen pragmatisch ins System.

Mit zusätzlich 350 geschaffenen Stellen sichern wir Zukunfts- und Investitionskraft vor Ort. Gleichzeitig betonen wir: Angesichts des hohen Drucks auf die öffentlichen Kassen bleiben strikte Disziplin, Bürokratieabbau und eine konsequente Prioritätensetzung auf allen staatlichen Ebenen unverzichtbar. Mehr dazu HIER.

Doppelte Nutzung statt Flächenfraß: Staatliche Parkplätze für Photovoltaik prüfen

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien setzen wir auf kluge Synergien und den Schutz unserer Landschaften. Auf unseren Antrag hin hat der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags beschlossen, dass staatliche Freiflächen-Parkplätze künftig gezielt auf ihre Eignung für Photovoltaikanlagen geprüft werden sollen. Wir wollen bereits versiegelte Infrastruktur doppelt nutzen, um die Flächenkonkurrenz mit der Landwirtschaft zu vermeiden und die Energiewende pragmatisch voranzubringen.

Besonders effektiv ist für uns die Kombination von Überdachungen mit E-Ladestationen: Wird der erzeugte Solarstrom direkt vor Ort geladen, entlasten wir zeitgleich die Stromnetze. Um Synergien optimal zu nutzen und Kosten zu sparen, soll die technische und wirtschaftliche Prüfung vor allem bei ohnehin anstehenden Sanierungen oder Erweiterungen erfolgen. So bauen wir das Potenzial nach den Dächern staatlicher Gebäude konsequent weiter aus. Mehr HIER.

Keine Toleranz für Krawallmacher: Versammlungsfreiheit vor Missbrauch schützen

Mit einem Dringlichkeitsantrag im Landtag setzen wir ein unmissverständliches Signal für den Schutz unseres Rechtsstaats: Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut unserer Demokratie, darf jedoch niemals als Freibrief für Gewalt, Vandalismus und Angriffe auf Einsatzkräfte missbraucht werden. Angesichts der schweren Ausschreitungen in europäischen Nachbarländern und angekündigter Aktionstage fordern wir eine konsequente Durchsetzung geltenden Rechts.

Wer Sachschäden verursacht, Barrikaden errichtet oder Polizisten angreift, übt keine freie Meinungsäußerung aus, sondern begeht schwere Straftaten. Wir rufen insbesondere junge Demonstrierende dazu auf, sich unmissverständlich von extremistischen Chaoten zu distanzieren, die berechtigten Protest für ihre Zwecke kapern wollen. Unseren Polizeikräften, die täglich für unsere Sicherheit einstehen, sichern wir unsere volle politische Rückendeckung, den besten Schutz und die modernste Ausstattung zu. Mehr HIER.

Eigentum statt Enteignung: Privates Kapital für bezahlbaren Wohnraum sichern

Mit einem Dringlichkeitsantrag im Plenum setzen wir uns konsequent gegen ideologische Enteignungs- und Vergesellschaftungsdebatten ein. Drohungen zur Vergesellschaftung privater Wohnungsunternehmen schaffen keine einzige neue Wohnung, sondern verunsichern Eigentümer, verschrecken privates Kapital und blockieren dringend benötigte Neubauten sowie Sanierungen.

Wir fordern einen rechtssicheren bundesgesetzlichen Rahmen, der Länderentscheidungen zur Enteignung faktisch ausschließt und Eigentum sowie Eigeninitiative verlässlich schützt. Statt Mangel zu verwalten, setzen wir in Bayern auf Investitionen, verlässliche Rahmenbedingungen und Anreize für privates Kapital. Nur so sichern wir bestehende Bestände, fördern den Neubau und schaffen nachhaltig bezahlbaren Wohnraum im Freistaat. Mehr dazu HIER.

Sichere Pflege vor Ort: Keine Leistungskürzungen bei ambulanten Diensten

Gedankenspiele der Bundespolitik zu Leistungskürzungen in der Pflegeversicherung lehnen wir entschieden ab. Wer ambulanten Pflegediensten die Refinanzierung für hauswirtschaftliche Hilfen und alltagsunterstützende Angebote entzieht, gefährdet die Versorgung direkt vor Ort und bürdet pflegenden Angehörigen zusätzliche Lasten auf.

Eine zukunftsfähige Pflegepolitik darf sich nicht auf rein medizinisch-pflegerische Behandlungen beschränken, sondern muss ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden ganzheitlich ermöglichen. Kürzungen bergen zudem massive wirtschaftliche Risiken für die Träger im Freistaat. Für uns in Bayern gilt unverändert der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Wir fordern von der Bundesregierung tragfähige Strukturreformen und eine solide Finanzierungsbasis, um Pflegebedürftigen, Angehörigen und Pflegediensten echte Planungssicherheit zu garantieren. Mehr dazu HIER.

AUF UNSEREN KANÄLEN

Kraftakt geglückt



Rekordsumme für unsere bayerischen Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke: Der kommunale Finanzausgleich 2027 steigt um satte 756 Millionen Euro auf die Rekordmarke von 13,59 Milliarden Euro – ein Plus von 5,9 Prozent.

Damit setzen wir ein klares Zeichen für Verlässlichkeit und Handlungsfähigkeit vor Ort. In Zahlen ausgedrückt heißt das: 5,46 Milliarden Euro für Schlüsselzuweisungen, 210 Millionen Euro zusätzlich für unsere Bezirke, 51 Millionen Euro aus Straßenausbaupauschalen pragmatisch reinvestiert und 350 neue Stellen für starke Verwaltungen und Zukunftsinvestitionen.

Finanzielle Kraftakte verlangen aber auch Verantwortung: Angesichts des Drucks auf die öffentlichen Kassen stehen wir weiterhin für kluge Prioritäten, konsequenten Bürokratieabbau und solide Haushaltspolitik auf allen Ebenen. Mehr HIER.

Bauen statt enteignen

Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware. Doch während in Berlin über Enteignungen diskutiert wird, setzt Bayern auf ein klares Signal: Vergesellschaftung baut keine einzige neue Wohnung! Wir FREIE WÄHLER fordern daher einen bundesgesetzlichen Riegel gegen Enteignungen. Statt privates Kapital zu vertreiben, brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen, um Anreize für Neubau und Sanierungen zu schaffen. Mehr HIER.



Update für Bürgerbeteiligung

Demokratie lebt vom Mitmachen, deshalb liegt uns die Stärkung der direkten Demokratie besonders am Herzen. Rund 40 Prozent aller Bürgerentscheide in Deutschland finden in Bayern statt. Als FREIE WÄHLER-Fraktion wollen wir diese Form der Mitbestimmung ins 21. Jahrhundert führen: durch einfaches digitales Online-Voting, frühzeitigen Bürgerdialog und verbindliche, faire Verfahren. Mehr HIER.



Lesestoff im Landtag

Wer in die Tiefen des Maximilianeums vordringt, stellt fest: Der Bayerische Landtag besitzt eine eigene Parlamentsbibliothek besitzt. Unser Parlamentarischer Geschäftsführer Felix Locke hat vor Ort persönlich nachgesehen, welche spannenden Schmöker dort zum Verleih stehen und was dieses besondere Bücherlager für Abgeordnete so wertvoll macht. Mehr HIER.



Alle Fotos und Grafiken: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.
Die Nutzung oder Weiterverbreitung ist ohne ausdrückliche Genehmigung nicht gestattet."

Immer auf dem Laufenden bleiben?

Viele weitere Infos rund um die Arbeit der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion finden Sie auf unseren Sozialen Kanälen. Folgen Sie uns:

https://www.facebook.com/fwlandtag
https://www.instagram.com/fwlandtag/
https://www.youtube.com/@fwlandtag
https://www.threads.net/fwlandtag
https://x.com/fwlandtag

Impressum

Landtagsabgeordneter
Dr. Martin Brunnhuber
Hofgasse 2 | 83278 Traunstein
Telefon +49 861 21164123
kontakt@mdl-brunnhuber.de